



Interviews

Datum: 03. April 2023

Andreas Audretsch, stellvertretender Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, im Gespräch mit Jasper Barenberg

Jasper Barenberg: Am Telefon ist Andreas Audretsch, Fraktionsvize der Grünen im Bundestag mit den Schwerpunkten Haushalt, Finanzen, Wirtschaft, Arbeit und Soziales. Einen schönen guten Morgen, Herr Audretsch

Andreas Audretsch: Guten Morgen, Herr Barenberg.

Barenberg: Herr Audretsch, warum geht der Streit jetzt scheinbar endlos weiter?

Audretsch: Ich würde das gar nicht als Streit und schon gar nicht als endlos bezeichnen, sondern das sind die nötigen Auseinandersetzungen, die wir haben, weil es um sehr, sehr wichtige Fragen geht und um Prioritäten. Haushaltspolitik ist immer in Zahlen gegossene Realität am Ende und natürlich gibt es Auseinandersetzungen darüber, wie wir diese Prioritäten am Ende am besten setzen. Der Bundesfinanzminister hat ja am Wochenende einige Prioritäten genannt. Vieles davon kann ich auch teilen. Die Infrastruktur zum Beispiel ist natürlich wichtig, auch dass die Bundeswehr gut ausgestattet ist. Da haben wir die 100 Milliarden im Sondervermögen ja zur Verfügung gestellt. Dann muss das Geld abfließen. Darüber hinaus haben wir uns als Koalition aber eine Menge an anderen Prioritäten gesetzt, zum Beispiel Kinderarmut, zum Beispiel Klimaschutz, zum Beispiel Diplomatie im internationalen Zusammenhang, und über all das wird nun zu reden sein.

Barenberg: Das heißt, diese unendlich zähe und lange Veranstaltung im Koalitionsausschuss, das hat nicht gereicht, um da für Klarheit zu sorgen unter den Partnern?

Audretsch: Wir haben ja eine zeitliche Perspektive und auch die hat der Bundesfinanzminister gestern oder am Wochenende sehr richtig beschrieben. Wir werden im Mai die Steuerschätzung kriegen und wir werden dann einen Haushalt aufstellen, der im Juni im Kabinett verabschiedet werden soll, und das ist die Zeitschiene. Wir sind jetzt Anfang April und bis im Juni ist noch einiges an Zeit. Deswegen halte ich es im Moment auch gar nicht für so notwendig, dass man so viel Druck in die Debatte bringt, sondern wir werden uns die Zahlen

dann anschauen. Die werden sich konkretisieren über die nächsten Wochen – und dann werden wir gemeinsam über Prioritäten sprechen.

Barenberg: Die Ansage des Finanzministers, die Ansage von Christian Lindner, dass die Kindergrundsicherung jedenfalls nicht zu seinen Prioritäten zählt, das stört Sie nicht?

Audretsch: Wir haben uns als Ampel ja gemeinsam Prioritäten gesetzt und es ist völlig klar, dass die Arbeit gegen Kinderarmut ganz dezidiert dazugehört. Wir können nicht einerseits über Fachkräftemangel klagen und andererseits uns der Kinderarmut nicht widmen oder Kinderarmut ignorieren. Wir können nicht zulassen, dass wir uns am Ende nicht darum kümmern, in die Zukunft zu investieren. Kinder, die morgens nichts zu essen kriegen, die in der Schule nichts zu essen haben, wie sollen die lernen? Kinder – und das kriegen die in den Familien ja mit -, die Angst vor dem Ende des Monats haben, die werden sich nicht auf Zukunft konzentrieren können, und genau das brauchen wir. Deswegen ist es, glaube ich, auch wichtig und gut, dass der Bundeskanzler selber letzten Mittwoch in der Regierungsbefragung sehr klar sich auch noch mal als gesamte Bundesregierung zu diesem Projekt bekannt hat. Das ist ein gemeinsames Projekt der gesamten Koalition von SPD, Grünen und FDP. Wir wollen Kinderarmut, gerade auch verdeckte Kinderarmut, bekämpfen und deswegen steht das in den anstehenden Haushaltsverhandlungen als Priorität auch ganz weit oben an.

Barenberg: Das hat ja nach meiner Wahrnehmung der FDP-Chef und Finanzminister auch gar nicht in Abrede gestellt. Er hat nur gesagt, das Wesentliche ist schon beschlossen, die wesentlichen Gelder stehen der Familienministerin für dieses Projekt zur Verfügung. Mehr wäre durchaus wünschenswert, aber eben finanziell im Moment nicht möglich. – An welchem Punkt irrt Christian Lindner da?

Audretsch: Der Maßstab muss doch sein, ob wir Kinder am Ende tatsächlich aus Armut holen. Ich gebe Ihnen vielleicht ein Beispiel: Nicht viele kennen den Kinderzuschlag. Das ist das Geld, 250 Euro, das Familien dann bekommen können, wenn sie arbeiten gehen – das ist eine dezidierte Voraussetzung – und am Ende dennoch nicht ausreichend in der Tasche haben, um tatsächlich die Kinder, die ganze Familie aus der Armut zu holen. Wir sind im Moment an einem Punkt, bei dem nur ungefähr 30 Prozent derer, die Anspruch auf diese Leistung haben, sie in Anspruch nehmen. Das heißt, ganz, ganz viele Familien leben in Deutschland in verdeckter Armut. Und um diese Familien, um diese Kinder aus der verdeckten Armut herauszuholen, wollen wir, dass am Ende automatisch ausgezahlt wird, wollen wir, dass 90 Prozent, 100 Prozent derjenigen, die Anspruch auf diese Leistung haben, sie auch tatsächlich in Anspruch nehmen. Das zu machen, bedeutet aber natürlich, dass wir am Ende nicht

30 Prozent, sondern 90 oder 100 Prozent derer, die den Anspruch haben, finanzieren müssen, und allein das wird einen gehörigen Milliarden-Betrag ausmachen. Das heißt, die Idee, man könnte gegen Kinderarmut vorgehen, in die Zukunft des Landes, in unsere Kinder investieren und kein Geld in die Hand nehmen, die Idee funktioniert nicht. Das heißt, jetzt kommt der Moment, wo schöne Papiere nicht ausreichen, wo am Ende schöne Wahlplakate nicht ausreichen, sondern wo es konkret wird. Und gerade auch die SPD muss sich an der Stelle fragen, wie ernst es mit dem Kampf gegen Kinderarmut, mit dem Investieren in Zukunft ist. Und wenn man das ernstnimmt, dann wird man die nötigen Finanzmittel auch zur Verfügung stellen müssen. Nachdem sich der Bundeskanzler so dezidiert und klar in der letzten Woche geäußert hat bin ich sicher, dass er sich da auch ausreichend in der Pflicht sieht, am Ende die Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Barenberg: Solide Finanzpolitik ist allerdings auch etwas, was der Kanzler immer wieder mal betont hat, dass ihm das wichtig ist. Würde das zum Beispiel am Ende darauf hinauslaufen, dass man entscheiden muss, zum Beispiel weniger Geld dann doch für die Bundeswehr und dafür mehr für die Kindergrundsicherung?

Audretsch: Wir alle haben Prioritäten und wir haben uns als Ampel-Koalition bestimmte Prioritäten gesetzt, und auch da hat der Bundesfinanzminister am Wochenende etwas sehr Richtiges gesagt. Nämlich, dass jede wesentliche einzelne Ausgabe in ihrer Höhe, aber auch in ihrer Begründung gemeinsam beraten werden muss, und genau das steht jetzt an. Da ist dann die Frage, ob man zum Beispiel milliardenschwere Subventionen für fossile Energie, ob man das weiterführen will, ob man milliardenschwere Dienstwagenförderung, die vor allem auch Menschen zugutekommt, die sehr große Autos haben, die sehr viel Geld haben, ob man das weiterführen will. Wir haben im Moment auch die Vorschläge des Bundesfinanzministeriums auf dem Tisch, eine generelle Unternehmenssteuersenkung in den Blick zu nehmen. Ein Prozentpunkt an der Stelle sind ungefähr drei Milliarden Euro. Ist die Frage, ob das die richtige Priorität ist in diesen Zeiten. Oder, um noch technischer zu werden, das, was man degressive AFA-Abschreibung nennt, 1,5 Milliarden Euro im Jahr. Das sind alles Fragen, die man sich stellen muss, wenn man das Gesamt-Tableau betrachtet, und dazu gehört natürlich auch, dass der Bundesfinanzminister aus seiner Sicht plausibel sagt, dass Mehreinnahmen für ihn keine Debatte ist. Aber das ist auch eine Priorität, die wir im Gesamtkontext betrachten müssen, und natürlich gehört dann für eine Koalition auch dazu, zum Beispiel die Priorität Klimaschutz, zum Beispiel die Priorität Diplomatie im internationalen Zusammenhang und ganz dezidiert die Priorität des Kampfes gegen Kinderarmut. All das muss gemeinsam betrachtet werden und dazu ist die Zeit bis Juni jetzt genau die, die wir brauchen.

Barenberg: Also ich verstehe Sie richtig, Herr Audretsch, es gibt gar keine Abwägung zwischen verschiedenen Prioritäten; Sie wollen einfach beides oder alles?

Audretsch: Nein! Gute Haushaltspolitik ist immer Prioritäten setzen und deswegen, glaube ich, ist es richtig, was der Bundesfinanzminister gesagt hat, dass wir uns alle einzelnen Ausgabenpositionen anschauen müssen. Nicht gut wäre es, wenn man bestimmte Dinge vor die Klammer zieht und vor der Klammer einige Setzungen hat und anderes dann von der Prioritätenliste fliegt. Das funktioniert nicht und deswegen ist das, was wir für richtig erachten – das haben wir übrigens sehr früh so gesagt und hätten wir auch sehr viel früher gerne so gemacht –, dass sich in der Koalition sinnstiftend zusammengesetzt wird und wirklich mal durchgegangen wird. Wenn wir sagen, dass wir Klimaschutz brauchen und dass wir auch die Transformation unserer Wirtschaft brauchen, um Wohlstand in Zukunft zu haben, dann müssen da die nötigen Gelder zur Verfügung gestellt werden.

Lassen Sie mich noch einmal kurz aneinanderreihen. Wenn wir sagen, dass wir die Heizungen auf Erneuerbare umstellen müssen, weil es mittelfristig günstiger ist, kurzfristig aber Investitionen erfordert, dann müssen wir uns da um die Menschen kümmern, die nicht genug Geld haben, diese Investitionen jetzt zu stemmen. Oder wenn wir Zukunft wollen, wenn wir Kinder wollen, die später dann auch ihren Beitrag in der Gesellschaft leisten können, dann müssen wir jetzt gegen Kinderarmut vorgehen – und das muss Priorität dieser Koalition sein.

Barenberg: Stichwort klimafreundliche Heizungen zum Schluss noch, Herr Audretsch, mit der Bitte um eine kurze Antwort. Es gibt einen ungeheuren Dschungel an Regeln. Ich weiß nicht, ob Sie da durchsteigen, ob Sie das jetzt alles erklären könnten, was eigentlich für wen jetzt gilt. Aber es gibt auch den Umstand, dass die soziale Abfederung eigentlich noch ungeklärt ist. Ist das gute, ist das kompetente Politik?

Audretsch: Wir sind ja auf einem Weg und das bedeutet, dass im Moment der Gesetzentwurf in der Länder- und Verbändeanhörung ist und dass wir dann einen Kabinettsbeschluss und letztlich die Beratungen im Bundestag haben. Wenn das Gesetz verabschiedet wird, wird auch klar sein, wie im Detail die soziale Förderung aussehen muss. Das was völlig eindeutig ist in dem Zusammenhang ist, dass wir dafür sorgen werden, dass niemand alleingelassen wird. Schon jetzt ist es so, dass 40 Prozent der Anschaffungskosten bei Wärmepumpen übernommen werden. Wir werden ein zusätzliches Milliarden-Programm auflegen, um gerade Menschen mit wenig Geld in dieser Situation noch stärker unter die Arme zu greifen. Weil eine neue Wärmepumpe am Ende für Menschen mit wenig Geld nicht mehr kosten soll als eine neue Gasheizung. Das ist das, was wir erreichen müssen, um auch Akzeptanz für die Investitionskosten, die jetzt im Moment anstehen, in der Gesellschaft zu schaffen. Dass es mittelfristig günstiger wird, das steht völlig außer Frage. Gas und Öl wird teuer, Erneuerbare wird günstig in Zukunft.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Dis-
kussionen nicht zu eigen.*